Ubersicht 14

des Rechtsausschusses (12. Ausschuß)

über die dem Deutschen Bundestag zugeleiteten Streitsachen vor dem Bundesverfassungsgericht

Antrag des Ausschusses

Der Bundestag wolle beschließen,

von einer Äußerung zu den nachstehend aufgeführten Streitsachen vor dem Bundesverfassungsgericht abzusehen.

Bonn, den 29. Mai 1963

Der Rechtsausschuß

Hoogen

Vorsitzender

A. Aussetzungsbeschlüsse

Lfd.	BVerfG	Aussetzendes	Streitsache
Nr.	Az / Datum	Gericht	
1032	1 BvL 6/63 8. 4. 63	Bayer. Landessozialgericht	Herbeiführung einer Entscheidung darüber, ob § 559 b Abs. 6 Satz 2 der Reichsversicherungsordnung (RVO) in der Fassung des § 8 des Zweiten Gesetzes zur vorläufigen Neuregelung von Geldleistungen in der gesetzlichen Unfallversicherung vom 29. Dezember 1960 (BGBl. I S. 1085), soweit er gemäß § 591 Abs. 2 RVO in der Fassung des gleichen Neuregelungsgesetzes auf die Waisenrente für anwendbar erklärt wird, und ob damit auch § 592 RVO in der Fassung des Artikels 1 Nr. 17 des Fünften Gesetzes über Anderungen in der Unfallversicherung vom 17. Februar 1939 (RGBl. I S. 267) das Grundgesetz verletzen

B. Verfassungsbeschwerden

Lfd. Nr.	BVerfG Az / Datum	Verfassungsbeschwerde
1029	2 BvR 26/63 14. 3. 63	der Frau Grete Jacobs wegen Unterlassung des Gesetzgebers, die Belange der Beschwerdeführerin ge- setzlich zu regeln, insbesondere wegen der Nichtaufnahme der ehemaligen Reichsrundfunk GmbH in die Anlage A zu § 2 Abs. 1 des Gesetzes zur Regelung der Rechtsverhältnisse der unter Artikel 131 GG fallenden Personen (BGBl. 1961 I S. 1579 ff.)
1031	1 BvR 90/63 3. 4. 63	der minderjährigen Johanna Doloris Bittner, vertreten durch Frau Erika Bittner als Vormund, unmittelbar gegen
		a) den Beschluß des Amtsgerichts in Bremen vom 15. Januar 1963 — 7 H 164/62 —
		b) den Beschluß des Landgerichts in Bremen vom 26. Februar 1963 — 5 T 79/63 —
		und mittelbar gegen § 1708 BGB, Artikel 9 Abs. 2 FamÄndG
1030	1 BvR 93/63 25. 3. 63	der Firma Kaufhof AG, Köln,
		gegen § 1 Abs. 1 Nr. 1 und Abs. 2 des Gesetzes zur Einschränkung der Bautätigkeit vom 8. Juni 1962 (BGBl. I S. 365), soweit darin die Errichtung oder Änderung von Gebäuden verboten wird, die zu mehr als einem Drittel der Nutzfläche als Geschäfts- oder Warenhaus zu dienen bestimmt sind